

Noch immer im Umbruch

Kirche und Politik vor den ungarischen Parlamentswahlen

Bei den bevorstehenden Parlamentswahlen könnte es in Ungarn möglicherweise zu einem Machtwechsel kommen. Die katholische Kirche des Landes, der über zwei Drittel der Bevölkerung angehören, hat sich mit direkten Empfehlungen zurückgehalten. In den Jahren seit der Wende hat die ungarische Kirche nicht immer glücklich agiert: Hinter der (sicher notwendigen) Sorge um den institutionellen Aufbau trat die Verantwortung für Gesellschaft und Politik zurück, die neue Freiheit wird oft mehr als Gefahr denn als Chance betrachtet.

Ungarn wählt am 8. Mai sein neues Parlament. Nach dem Tod des charismatischen Ministerpräsidenten *József Antall* im vergangenen Jahr und der Abspaltung des extrem rechtsnationalistischen Flügels seiner Partei, des Ungarischen Demokratischen Forums (UDF), werden die politischen Karten neu gemischt. Die Unzufriedenheit in weiten Bevölkerungskreisen mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung – für viele Ungarn ist der Lebensstandard in den vergangenen vier Jahren seit der ersten freien Wahl nach der „Wende“ empfindlich gesunken – läßt es ungewiß erscheinen, ob auch die neue Regierung aus einer Koalition von UDF und Christlich-Demokratischer Volkspartei gebildet werden wird. Die nach dem UDF zweitstärkste Partei, der Bund Freier Demokraten (BFD), macht sich Hoffnungen auf die Übernahme der Regierungsmacht in einer Koalition mit anderen Parteien. Für manche Kreise in der katholischen Kirche Ungarns bis in die obersten Spitzen der Hierarchie ist die Möglichkeit, daß das Land von den „Liberalen“ regiert werden könnte, eine *höchst beunruhigende Vorstellung*. Sie fürchten sie – so hat es zumindest den Anschein – mehr als eine eventuelle Renaissance der ex-kommunistischen Kräfte, die sich nach der Wende in der Ungarischen Sozialistischen Partei neu formiert haben.

Keine direkte Einmischung, wohl aber grundlegende Orientierung

Offiziell unterstützt die *katholische Kirche* Ungarns keine politische Partei, wie auch keine der Parteien ausdrücklich als für Katholiken nicht wählbar erklärt wurde. Doch in den Stellungnahmen der Hierarchie wird immer wieder vor Kräften gewarnt, die die sogenannten „christlichen Werte“ in Frage stellen oder die Rechte der Kirchen beeinträchtigen könnten. In Ungarn weiß man, wer damit gemeint ist. So mahnte die Bischofskonferenz die Katholiken des Landes, sich ihrer Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft Ungarns bewußt zu sein und es nicht zuzulassen, daß sich durch ihre Wahlentscheidung oder ihre Gleichgültigkeit und politische Absenz „eine politische Führung etabliert, die die religiösen Rechte der in ihrer Mehrheit christlichen ungarischen Gesellschaft nicht genügend garantiert“. Christliche Werte seien kein Selbstzweck, sondern würden zur morali-

schon und ökonomischen Entwicklung sowie zur internationalen Achtung des Landes beitragen.

Den verschiedentlich in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurf, die Kirche in Ungarn versuche, politische Macht auszuüben, wies der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof *István Seregély* von Eger, zurück: „Wir haben keine Macht, mit der wir unsere Überzeugung in Fragen des Glaubens und der Moral wem auch immer aufzwingen könnten“, erklärte der Erzbischof in einem Interview mit der Wochenzeitung „*Heti Magyarorszá*“. Es sei auch nicht der Auftrag der Kirche, irgend jemandem ihre Lehre aufzunötigen. „Doch wir haben den Auftrag, unsere Überzeugung jedem Mann zugänglich zu machen“.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen unterstrich der Erzbischof die Verpflichtung der Christen, sich am Aufbau einer demokratischen Gesellschaft und an der Ausübung der öffentlichen Macht aktiv zu beteiligen. Die Kirche erwarte dabei von den Katholiken, daß sie christliche Werte, die ihrer Überzeugung entsprechen, in die Politik einbrächten und versuchten, ihnen sowohl in der Tagespolitik als auch beim Aufbau der Zukunft des Landes nach Möglichkeit Geltung zu verschaffen. *Seregély* betonte, für die *Priester* könne es in ihrer pastoralen Arbeit keine parteipolitischen Präferenzen geben. Sie seien für den Dienst an jedem Menschen bestimmt, folglich könnten auch Personen mit unterschiedlicher Parteizugehörigkeit und -sympathie nach der für sie notwendigen Orientierung suchen und den seelsorglichen Dienst des Priesters in Anspruch nehmen.

Der Primas der katholischen Kirche Ungarns, Kardinal *László Paskai* (Esztergom/Budapest), trat in der Tageszeitung „*Uj Magyarorszá*“ dem verschiedentlich laut gewordenen Vorwurf einer unzulässigen Einmischung der Kirche in die Wahlauseinandersetzung entgegen: Die Kirche mache die Gläubigen darauf aufmerksam, daß Wahlbeteiligung Gewissenspflicht für alle sei. Für ihn sei es überraschend, daß dies als Einmischung in den Wahlkampf gewertet und von manchen als Anlaß zu Angriffen auf die Kirche genommen werde. Wie der Primas betonte, erinnere die Kirche ihre Gläubigen auch daran, daß sie im Bewußtsein ihrer Verantwortung ihre Wahlentscheidung gut bedenken sollten. In einem Mehrparteiensystem sei es notwendig, die Einstellung der einzelnen Parteien zur christlichen Wertordnung und zu den Wirkmöglichkeiten der Kirche zu kennen. Den Katholi-

ken könne es nicht gleichgültig sein, ob die Gesellschaftsordnung, „die sich auch mit Hilfe ihrer Stimme etablieren wird“, der Durchsetzung christlicher Werte, dem Wirken der Kirche, dem Religionsunterricht, der Tätigkeit katholischer Schulen und einer religiösen Erziehung der Jugend zuträglich oder hinderlich sein werde.

Gleichzeitig hob Paskai hervor, die Kirche als Institution beteilige sich nicht an der Tagespolitik und halte sich infolgedessen auch von den parteipolitischen Auseinandersetzungen fern. Das komme auch in der Tatsache zum Ausdruck, daß kein kirchlicher Amtsträger ein Parlamentsmandat ausübe (wie es noch in der kommunistischen Ära der Fall war). Es sei jedoch die Pflicht der Kirche, auf die Grundwerte des gesellschaftlichen Lebens hinzuweisen. Ihre Soziallehre diene der Durchsetzung menschlicher und moralischer Werte, wobei sie deren konkrete Umsetzung im politischen und gesellschaftlichen Leben den „Fachleuten“ überlasse.

Der Apostolische Nuntius in Ungarn, Erzbischof *Angelo Acerbi*, äußerte sich in ähnlichem Sinn. Auf dem Landeskongreß des ungarischen „Verbandes der christlichen Intelligenz“ in Budapest wandte er sich gegen – vor allem bei den Liberalen verbreitete – Tendenzen, die Religion ausschließlich auf die Privatsphäre zu verweisen. Die Politik habe ihre „eigene Autonomie“. Es wäre jedoch verfehlt, Glaube und Politik völlig voneinander zu trennen und die Ansicht zu vertreten, die Religion sei eine ausschließlich persönliche Sache und müsse auf die Sphäre des Gewissens beschränkt sein. Im Zusammenhang mit den Wahlen unterstrich der Nuntius die Verpflichtung der Gläubigen, sich daran zu beteiligen und mit ihrer Stimme Programme zu unterstützen, die der christlichen Weltanschauung nahestehen. Die Gläubigen müßten bei ihrer Entscheidung der Freiheit, der Respektierung der Menschenrechte und der menschlichen Würde, dem Schutz des Lebens und der Familie, den Voraussetzungen zum freien Wirken der Kirche sowie der Achtung der moralischen Werte in der Öffentlichkeit Priorität einräumen.

Der Erzbischof von Kalocsa-Kecskemét, *László Dankó*, verwies in einem Interview mit der Tageszeitung „Magyar Hírlap“ darauf, daß es zweifellos Parteien gebe, mit denen sich die Kirche besser verstehe als mit anderen. Dennoch unterstütze sie keine Partei. Im Prinzip könne die katholische Kirche in jeder Partei einen Partner finden. Das sei auch der Grund dafür, warum die Bischofskonferenz den mit den Kirchen zusammenhängenden Vorstellungen der verschiedenen politischen Parteien große Aufmerksamkeit widmet. In diesem Zusammenhang nannte Dankó die Einstellungen der Parteien zum Religionsunterricht, zur Achtung des Lebens und zur Rückgabe des Kirchenbesitzes. Eine Beurteilung der einzelnen Parteien – sei es in positiver oder negativer Hinsicht – liege nicht in der Absicht der Bischöfe, weil dies eine unangebrachte Beeinflussung der freien Wahlentscheidung der Katholiken wäre: „Unsere Einflußnahme beschränkt sich darauf, daß sie überhaupt wählen sollen“, erklärte der Erzbischof vor dem Hintergrund einer zunehmenden Gleichgültigkeit der Bürger des Landes dem politischen Geschehen gegenüber.

Im Blick auf das Verhältnis von Kirche und Politik zeigte sich der Bischof von Pécs, *Mihály Mayer*, in der katholischen Wochenzeitung „Uj Ember“ erstaunt darüber, daß der Kirche vorgeworfen werde, sie schweige, wo sie doch zu reden hätte, und tue sich hervor, wo sie besser schweigen sollte. Der Bischof bekräftigte dabei das grundsätzliche Recht und gleichzeitig die Pflicht der Mitglieder der Kirche, gleichberechtigt mit anderen Staatsbürgern ihre Meinung zu äußern: „Diese Haltung kann keine einzige politische Partei beanstanden“. Erst recht müsse jede „tatsächlich liberal gesinnte“ Gruppierung dieses Recht der Katholiken, ihre Ansicht zu äußern, respektieren: „In dem Augenblick, in dem jemand die Berechtigung der Meinungsäußerung des anderen in Frage stellt, ist er nicht mehr liberal, sondern fundamentalistisch – auch dann, wenn er andere als Fundamentalisten abstempelt.“

Das belastete Verhältnis zwischen Kirche und Liberalismus

Das Gespräch zwischen den Kirchen und den *liberalen Kräften in Ungarn* – auch im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen – in Gang zu bringen, war Zweck einer von der „Friedrich-Naumann-Stiftung“ im Februar im ungarischen Visegrád abgehaltenen Tagung zum Thema „Kirche und moderne Gesellschaft“. Von Seiten der Liberalen in Ungarn wird zwar der Beitrag der Kirche anerkannt, den sie aus ihrem Widerstand gegen das kommunistische Regime für die Erneuerung der ungarischen Gesellschaft leisten kann. Ein zu großer Einfluß der Kirche, etwa im Bereich des Schulwesens, wird von ihnen aber als Gefahr für die „Entfaltung einer offenen bürgerlichen Gesellschaft“ betrachtet.

Bei der Dialogkonferenz in Visegrád formulierte die liberale Seite ihr Problem schon in der Einladung: Die Kirchen seien „wichtige und vieldiskutierte Protagonisten des Systemwandels“ in Ostmitteleuropa. Sie hätten in den vergangenen Jahrzehnten als einzige ihre relative Unabhängigkeit bewahren und den Überresten der offenen bürgerlichen Gesellschaft eine Zuflucht bieten können. Das Wiedererstarren der Kirchen könne den „erneuten Zusammenhalt der zerfallenden Gesellschaft“ fördern. Aber: „Ein zu großer Raumgewinn der Kirchen könnte die Entfaltung der offenen bürgerlichen Gesellschaft behindern, besonders wenn sie mit Befugnissen ausgestattet werden, die andere Organisationen nicht innehaben. Es bestünde die Gefahr, daß sie dadurch an die Stelle der verschwundenen, ehemals herrschenden Ideologien treten.“

Den Hintergrund dieser Diskussion bildet das Ringen, welche Weltanschauungen die Gesellschafts- und Staatsstruktur in Ungarn und anderen Reformstaaten in Zukunft prägen. Wie der Budapester Gesellschaftswissenschaftler *György Bence* bei der Tagung deutlich machte, setzen die Liberalen dabei eines undiskutiert voraus: Ziel ist die „liberale Demokratie“, die „offene bürgerliche Gesellschaft“, mit möglichst

wenig Staat und einem Höchstmaß an Freiheit für den einzelnen. Kirche und Liberalismus könnten einander – so der Osteuropa-Verantwortliche der Naumann-Stiftung, *Jürgen Wickert* – in der Forderung nach mehr Selbstverantwortung und mehr Subsidiarität treffen.

Doch schon diese Gesellschaftskonzeption wird in den osteuropäischen Staaten nicht undiskutiert hingenommen, etwa wenn Kirchenvertreter und manche politischen Kräfte die Wiederherstellung eines „christlichen“ Landes anstreben und – wie zum Beispiel in Polen – diese Intention auch in der Verfassung verankert sehen wollen. Was den einen als „Rettung der Nation durch das Christentum“ und als „Bollwerk gegen westlichen Verfall“ erscheint, ist den anderen der „Übergang von roter zu schwarzer Diktatur“, wie es der polnische Politologe *Antoni Malinowski* formulierte.

Ob die Tagung in Visegrád die Reserven in beträchtlichen Teilen der katholischen Geistlichkeit Ungarns dem Liberalismus gegenüber wenigstens in Ansätzen abzubauen vermochte, muß dahingestellt bleiben. Daß es überhaupt zum Versuch eines ersten systematischen Dialogs zwischen Kirche und Liberalismus in Ungarn kam, wurde jedoch vielfach – und das nicht nur im Hinblick auf einen möglichen Wahlsieg der Liberalen am 8. Mai – positiv bewertet. Das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und den Liberalen, das einen wichtigen Aspekt der Wahlauseinandersetzung bildete, wird in Ungarn über den Wahltag hinaus auf der Tagesordnung bleiben.

Die Kirche hat nicht immer glücklich agiert

Auch Ungarns Staatspräsident *Árpád Göncz* – er gehörte dem Bund Freier Demokraten an und ist gleichzeitig praktizierender Katholik – setzte sich in einem Gespräch mit „Uj Ember“ mit dem Verhältnis von Christentum und Liberalismus auseinander. Dabei vertrat er die Ansicht, daß das „Akzeptieren eines gewissen liberalen Minimums“ für die westlichen christlich-demokratischen Parteien und darüber hinaus für das gesamte politische System der westlichen Demokratien selbstverständlich sei. Diesbezüglich gebe es eine „Verwandtschaft“ mit den mittel- und ostmitteleuropäischen liberalen Parteien. In Ungarn bestehe aber vor allem infolge des historischen Erbes die Gefahr, daß ein „politisches Christentum in einem Konservativismus ausartet, der den Liberalismus vollständig verurteilt“. Göncz sieht durch eine solche Entwicklung auch das „liberale Minimum“ gefährdet. Er hoffe, daß das Christentum „auf spirituelle Weise“ wirke und nicht auf Machtmittel und Politik setze.

Göncz äußerte die Überzeugung, daß die Länder und Nationen heute zwei „Ideensysteme“ brauchen, die nicht im Gegensatz zueinander stünden, sondern einander geradezu ergänzen: in der weltlichen Praxis die Freiheitsidee des Liberalismus mit der Gewährleistung der Menschenrechte und in spiritueller Hinsicht das Christentum. Jene liberalen Kräfte, die die Freiheitsidee vertreten und die Menschenrechte

einschließlich der Glaubensfreiheit gewährleistet sehen möchten, müßten auch die Existenzberechtigung des Christentums akzeptieren.

Nach Ansicht des bekannten katholischen Theologen *Tamás Nyíri* wird in der ungarischen Politik die Kirche derzeit *instrumentalisiert*. Manche Politiker beriefen sich in ihrer Argumentation häufig auf christliche Werte oder kirchliche Aussagen, um Ziele und Ansichten zu rechtfertigen, die in völligem Gegensatz zum christlichen Glauben stehen. Die Kirche solle diesen Versuchen stärker entgegenreten. Dafür seien aber in erster Linie nicht die Bischöfe zuständig, sondern die christlichen Politiker und christlich gesonnene Medienleute.

Auch der Erzabt der Benediktinerabtei von Pannonhalma, Bischof *Asztrik Várszegi*, hat „wenig Freude“ daran, „wenn sich Berufspolitiker ununterbrochen auf die christlichen Werte berufen“. Das Wertesystem des europäischen Menschen, ungeachtet dessen, ob er gläubig oder nichtgläubig ist, sei im jüdisch-christlichen Kulturkreis eingebettet, hob der Bischof in einem Gespräch mit der Tageszeitung „Népszabadság“ hervor. Doch das ständige Pochen von Politikern auf christliche Werte könne dazu führen, daß man von nichts mehr wissen wolle, was nicht christlich ist, und daß man nicht zueinander, sondern gegeneinander stehe. Eine der größten Tugenden des Christentums sei aber, „das Anderssein von anderen als natürlich zu akzeptieren“.

Wer die Diskussionen um das Verhältnis der Kirche zu den politischen Parteien sowie um die kirchliche Einflußnahme auf die Wahlauseinandersetzung und das Votum der Katholiken verfolgt, könnte den Eindruck gewinnen, als sei die katholische Kirche in Ungarn ein politischer Machtfaktor ersten Ranges in Staat und Gesellschaft. Die Realität ist anders. Zwar bekennen sich nach neuesten Statistiken 71,6 Prozent der 10,5 Millionen Ungarn zum katholischen Glauben, doch der Anteil der praktizierenden Katholiken ist vor allem in den urbanen Gebieten gering. Noch geringer jedoch dürfte die Zahl jener Katholiken sein, die sich in ihrem Wahlverhalten an bischöflichen „Empfehlungen“ orientieren. Eher könnte sich eine besonders auf dem Land festzustellende Grundstimmung bemerkbar machen, nach der es für einen gläubigen Katholiken nicht in Frage kommt, der Kirche vermeintlich oder tatsächlich nicht wohlgesonnenen Parteien seine Stimme zu geben. Zu dieser Grundstimmung mag da oder dort auch der örtliche Pfarrer durch seine persönliche Interpretation der politischen Landschaft und der Intentionen dieser oder jener Partei beitragen.

Daß die katholische Kirche in Ungarn auch heute, da sie nicht mehr wie zu Zeiten des Kommunismus mit politischen Machtmitteln an den Rand der Gesellschaft gedrängt ist, über viel weniger gesellschaftlichen Einfluß verfügt als sie es sich wünschen würde, ist zum geringeren Teil ein Erbe der vergangenen Jahrzehnte. Sie hätte vielmehr nach der „Wende“ durchaus günstige Voraussetzungen vorgefunden, um zu einer Art „Gewissen der Gesellschaft“ zu werden. Ihr Agieren in der Öffentlichkeit war jedoch nicht immer glücklich;

es erweckte oft den Eindruck, als messe sie das Wohl des Landes primär an der Durchsetzung ihrer eigenen Interessen.

Fragen wie die Restitution beschlagnahmten Kirchenbesitzes, die Sicherung einer ausreichenden finanziellen Basis für das kirchliche Wirken, die Gewährleistung des Religionsunterrichtes und der Ausbau des katholischen Schulwesens schienen die Kirche mehr zu beschäftigen als die existentielle Not breiter Bevölkerungsschichten. Bei den „christlichen Werten“, für die sich die Kirche mit Vehemenz in der Öffentlichkeit einsetzte, spielten soziale Gerechtigkeit oder auch Freiheit eine untergeordnete Rolle. Fast schien es so, als ob die Kirche in der vom ungarischen Volk so lange entbehrten Freiheit weniger eine enorme Chance für ein Leben in Würde als überall lauende Gefahren sähe. Der Anschein mag – zumindest zum Teil – trügen, doch taten die ungarischen Bischöfe wenig, um ihm entgegenzuwirken. Ein entscheidender Grund dafür dürfte sein, daß die Intentionen des Zweiten Vatikanischen Konzils und dessen Kirchenbild in der katholischen Kirche Ungarns bisher nur bescheidene Wurzeln geschlagen haben.

Noch immer Probleme mit den geänderten Verhältnissen

In letzter Zeit gibt es allerdings Anzeichen dafür, daß die Bischöfe und mit ihnen die Kirche dem Kampf gegen die *sozialen und geistigen Nöte des Landes* verstärkt ihre Aufmerksamkeit schenken wollen. Im Kommuniqué über die Herbstvollversammlung der Bischöfe im vergangenen Jahr wird zwar wieder eindringlich auf die Rechte der Schulen in kirchlicher Trägerschaft gepocht, doch nimmt die Kritik an der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Ungarn wesentlich breiteren Raum ein. Neben den verschärften wirtschaftlichen Problemen vertiefte sich die moralische Krise im Land, heißt es in der Erklärung der Bischofskonferenz. Die Bischöfe beklagen die „bewußte Zerstörung“ der Werte der Ehe und Familie, aber ebenso die Verarmung vieler bei gleichzeitiger „unredlicher Bereicherung“ anderer sowie das Umsichgreifen von Gewalt, Verbrechen und Korruption. Sie werfen den politischen Parteien vor, in erster Linie an ihrer eigenen Macht interessiert zu sein und mit Demagogie, Stimmungsmache und Diskreditierung von anderen zu agieren.

Im „Jahr der Familie“ gehört verständlicherweise die Sorge um das Wohl der Familien zu den vorrangigen Anliegen der Bischöfe. Primas Paskai urgierte mehr Beistand des Staates für die Familien, von denen sich sehr viele in einer Krisensituation befänden. Doch die eigentliche Ursache dieser Situation sieht der Kardinal darin, daß heute sexuelle Freiheit, Pornographie, Ehebruch, Scheidung und Beziehungen ohne Eheschließung in der ungarischen Öffentlichkeit geradezu propagiert würden. Dieser Geist zerstöre die Mentalität der heranwachsenden Generation. Der Mensch verliere den Sinn für das Moralische. Gestärkt werde sowohl in den

einzelnen Bürgern als auch in der ganzen Gesellschaft der Egoismus. Paskai in einem Interview mit „Magyar Nemzet“: „Der sexuelle Liberalismus ist hinter der Maske der ‚Moder­nität‘ eine Dekadenzerscheinung, die von der Geschäftswelt – ähnlich wie bei den Drogen – ausgenutzt wird und deren traurige Folgen wir erfahren.“

Nicht alle Bischöfe sehen im Kampf gegen „sexuellen Liberalismus“, Pornographie und andere – westlichen Einflüssen zugeschriebene – „Dekadenz“-Erscheinungen die vorrangige Herausforderung. Für den stellvertretenden Vorsitzenden der Ungarischen Bischofskonferenz, Bischof *Endre Gyulay* von Szeged-Csanád, gehören die Sicherung des Existenzminimums für alle und die Bekämpfung der Obdachlosigkeit und Wohnungsnot zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben der Gegenwart in Ungarn. Es sei unvorstellbar, daß die Kirche zu sozialen Fragen oder auch zum Minderheitenschutz bzw. zum Antisemitismus nicht Stellung beziehe. Diese Fragen berührten wesentlich die christliche Moral: Ein Bischof müsse sich mit den Erfahrungen der Weltkirche im Rücken im Interesse des Allgemeinwohls äußern, gleich um welche Fragen es gehe.

Solche Äußerungen von Bischöfen sind jedoch in Ungarn bisher *eher die Ausnahme als die Regel*. Erzabt Várszegi jedenfalls sieht eine Diskrepanz zwischen den Aussagen Johannes Pauls II. zu sozialen Fragen und der Haltung der Kirche seines Landes. Im Zusammenhang mit der scharfen Kritik des Papstes am immer „unmenschlicher“ werdenden Kapitalismus wurde der Bischof in einem Interview mit der Tageszeitung „Magyar Hirlap“ gefragt, warum sich die katholische Kirche Ungarns nicht als Kirche der „Erniedrigten und Gedemütigten“ zu verstehen scheine und eher mit den rechtsgerichteten Parteien sympathisiere. „Linkes Gedankengut“, wie es sich in den sozialen Aussagen des Papstes finde, sei Ungarns Kirche eher fremd, meinte das Blatt.

Várszegi bemerkte dazu: „Wer die Kirchengeschichte kennt, weiß, daß bereits vor Johannes Paul II. die Ansicht vertreten wurde, daß der junge Marx und Engels sehr viel aus der Tradition der Bibel, des jüdisch-christlichen sozialen Denkens geschöpft hatten.“ Johannes Paul II. setze diese Linie fort. Wenn sich der Papst im Vorjahr in einem Zeitungs-Interview „mit Anerkennung über gewisse Züge des Ideengutes des Marxismus geäußert“ habe, sei es ihm freilich nicht um den sogenannten „real existierenden Sozialismus“ gegangen. Der katholischen Kirche Ungarns bereite dagegen schon die Notwendigkeit große Sorge, sich an die veränderten Verhältnisse anzupassen. Kritisch meinte der Erzabt: „Vorläufig besitzt sie noch nicht die Kraft dafür, ihrer Stimme in einer universelleren Weise Ausdruck zu verleihen.“ Sie sei bis jetzt auch nicht in der Lage gewesen, in einen Dialog mit breiteren Gesellschaftsschichten, mit den politischen Parteien und mit den Gewerkschaften zu treten.

Auch Várszegi, einer der kritischsten und zugleich kreativsten Denker in der ungarischen Hierarchie, ist überzeugt, daß sich der Episkopat nicht in die Tagespolitik einmischen dürfe und wolle. Doch gehöre es für ihn zu den besten Traditionen der Kirche, eine vermittelnde Rolle in der Gesell-

schaft zu spielen. Vor allem aber müsse sie in der heutigen ungarischen Situation der Hoffnungslosigkeit entgegenwirken, die Sinnlosigkeit des Hasses aufzeigen und in der praktischen Übung der Toleranz vorbildhaft wirken.

Eine aufrichtige Selbstbesinnung tut not

Várszegis Vorgänger als Erzabt von Pannonhalma, *András Szennay*, plädierte in einem vielbeachteten Interview mit der österreichischen katholischen Presseagentur „Kathpress“ für eine Änderung des Stils und der Vorgangsweise bei kirchlichen Stellungnahmen. Die Bischöfe sollten nicht nur auf Anfragen reagieren, sondern – von Fachleuten unterstützt – fundierte Erklärungen zu gesellschaftspolitischen Fragen vorlegen. Die Kirche müsse endlich von einer „schweigenden“ zu einer „sprechenden“ werden. Sie müsse sich einer Sprache bedienen, die verständnisvoll ist und von jedem verstanden wird, und gleichzeitig Achtung vor den Andersdenkenden zeigen. Szennay bedauerte das Fehlen der Stimme gläubiger Fachleute aus dem Laienstand in der Politik. In vielen Katholiken lebe immer noch Angst, Argwohn und Verslossenheit Andersdenkenden gegenüber. Die Kirche

musse diese Mauern überwinden, „sonst können wir dem Ghetto-Schicksal nicht entrinnen“.

Nach Überzeugung von Staatspräsident Göncz tut seinem Land einschließlich der Kirchen eine aufrichtige Selbstbesinnung not. Gegenüber „Uj Ember“ bezeichnete er sie als unverzichtbar. Die Kirchen müßten sich bei dieser Selbstbesinnung „mit den Augen Christi beurteilen: In welchem Maße blieben sie der Lehre Christi treu, wo irrten sie und wo wichen sie von ihr ab?“ Die Gesellschaft müsse sich die Frage stellen: „Was tat sie im Interesse der Gewährleistung der Menschenrechte und des Schutzes der bürgerlichen Freiheitsrechte, in welchem Maße wich sie von der Norm des liberalen Minimums und der christlichen Liebe ab?“ Erst wenn jemand für sich selbst bzw. im eigenen Bereich diese Selbstbesinnung vollzogen habe, könne und dürfe er andere beurteilen.

Göncz ist der Ansicht, daß gerade nach einer Epoche, die die Existenzberechtigung spiritueller Werte geleugnet habe, das Christentum als Gärmittel wirken könne. Im Ungarn von heute ist allerdings von diesem „Gärmittel“ noch nicht allzuviel zu spüren. Sollte es daran liegen, daß die nach Göncz unverzichtbare Selbstbesinnung der ungarischen Kirche weithin noch aussteht?

Peter Musyl

„Sich der Wahrheit des Lebens stellen“

Fragen an den Fundamentaltheologen Jürgen Werbick zur Bußpraxis angesichts heutiger Wirklichkeitserfahrung

Zwanzig Jahre ist es her, daß sich die Würzburger Synode auch mit der Krise der institutionellen kirchlichen Bußpraxis auseinandersetzte, knapp zehn Jahre später standen Buße und Beichte auf der Tagesordnung der Bischofssynode. Trotz der verstärkten Aufmerksamkeit kam es in den Gemeinden zu keiner Renaissance kirchlicher Bußpraxis. Dennoch scheint die Wirklichkeitserfahrung heutiger Christen vielfältige Anknüpfungspunkte für eine Neuorientierung zu bieten. Worauf dabei zu achten ist, darüber sprachen wir mit dem Fundamentaltheologen Jürgen Werbick (bisher Siegen, ab Sommer 1994 Münster). Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Professor Werbick, 1974 hat die Würzburger Synode in ihrem Beschluß „Schwerpunkte heutiger Sakramentenpastoral“ gefordert, die Kirche müsse, wolle sie glaubwürdig bleiben, dem heutigen Menschen neue Zugänge zur Buße entdecken. Wie fällt 20 Jahre nach Würzburg und etwa zehn Jahre nach der sechsten Vollversammlung der Bischofssynode, die sich ebenfalls der Krise der kirchlichen Bußpraxis gewidmet hatte, die Bilanz dieser Bemühungen aus?

Werbick: Von der Synode insgesamt und nicht nur von den den Texten, die sich ausdrücklich mit Bußpraxis und -pastro-

ral beschäftigten, ging der wichtige Impuls aus, das Verständnis von Buße prinzipieller zu fassen im Sinne einer Sensibilisierung – salopp gesprochen – für das, was in Kirche und Gesellschaft nicht so weiterlaufen darf. Zum anderen artikulierte Würzburg aber auch eine Offenheit für die Vielfalt von Bußmöglichkeiten, für verschiedene kirchliche wie gesellschaftliche Verhaltensweisen, die Umkehr fördern und bewirken können. Die Botschaft hieß, Kirche kann nur dann glaubwürdig bleiben, wenn sie Widerstandskräfte gegen das gedankenlose Leben auf Kosten anderer mobilisiert. Ein weiterer zentraler Gedanke, der in Folge der Würzburger